



P e r s o n a l r a t **Universitätsklinikum Magdeburg A.ö.R.**

Mai 2014

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten

*Ich weiß nicht, was soll es bedeuten,
daß ich so traurig bin;
ein Märchen aus alten Zeiten,
das kommt mir nicht aus dem Sinn ...*

Diese alte Weise des Dichters Heinrich Heine über die Sinnestäuschungen der Lorelei klingt in diesen Tagen immer wieder in unseren Ohren, wenn es um die Zukunft der Uniklinika geht.

Unsere Landesregierung bereitet derzeit den Doppelhaushalt für 2015/2016 vor, um während des Wahlkampfs für die Landtagswahlen 2016 „Ruhe zu haben“ – deshalb sind die Hochschulen und die Uniklinika derzeit im Fokus der politischen und medialen Auseinandersetzungen. Denn Bildung und Hochschulmedizin kosten viel Geld.

Unser oberster Kassenwart, Jens Bullerjahn, will Klarheit haben, wohin sich Hochschulen und Uniklinika entwickeln wollen, um keine teuren Investitionsruinen zu finanzieren. Prinzipiell hat er damit aus Steuerzahlersicht auch nicht Unrecht. Allein seine hemdsärmelige Vorgehensweise ist nicht unbedingt geeignet dafür, ihm freundschaftliche Gefühle entgegen zu bringen. Gemeinsam mit den zuständigen Fachministern erzwingt er Strukturdiskussionen, bei der Polizei, bei den Schulen, bei den Hochschulen und in den Uniklinika. Alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge werden „auf Linie gebracht“.

Dass es infolge dessen überall knirscht und kracht, ist einkalkuliert. Die Haushaltsdiskussionen werden zur Bewährungsprobe für die Landesregierung.

Um gegenüber dem Parlament Argumentationsmaterial zur Verfügung zu haben, wurde Herr Teichert (ehemaliger Berliner Finanzstaatssekretär und zentrale Figur im Fusionsprozess der drei Berliner Unikliniken zur gemeinsamen Charité), mit einem Gutachten zur wirtschaftlichen Situation der Uniklinika beauftragt. Die Medien hatten bereits Zugang zu diesem Material, bevor es die Vorstände der Uniklinika in Halle und Magdeburg in den Händen hielten. Zur Unterstützung der politischen Meinungsbildung?

Werden die Medien als Erfüllungsgehilfen benutzt? Nutzt die Landesregierung den Umstand, dass die Bürger primär einfache Fragen und Antworten lesen wollen gekonnt für eine Simplifizierung der Diskussion?

Es geht in den Gazetten nicht um die Ursachen, auf Grund derer beinahe alle Uniklinika in Deutschland in den roten Zahlen stecken. Es geht nicht um den Anteil der Mitverantwortung der Landespolitik an der wirtschaftlichen Situation der Uniklinika in Halle und Magdeburg. Die Landesregierung lässt durch Gutachter feststellen, dass die Häuser zum belastenden Kostenfaktor werden. Durch die mediale Aufarbeitung entsteht punktuell in der Öffentlichkeit der Eindruck eines katastrophalen Missmanagements an den Uniklinika. Fehlt eigentlich nur noch ein zünftiger Korruptionsskandal, dann ist das Bild perfekt, vom universitären Moloch.

Ist genau dies beabsichtigt? Stimmt es also tatsächlich, was wir vor langer Zeit einmal über die Aufgabe von Medien in diesem Gesellschaftssystem eingimpft bekommen haben?

Bislang konnten wir kein Wort davon lesen, dass durch die 2005/2006 politisch veranlasste Spaltung der Universitätsmedizin (in Fakultät und Anstalt öffentlichen Rechts) Rahmenbedingungen geschaffen wurden, die eine jahrelange Quersubventionierung der Fakultät durch den Krankenhausbetrieb (der A.ö.R.) ermöglichte. In den zurückliegenden Jahren haben die deutlich geringeren Haustarifverträge der „Anstaltsmitarbeiter“ in nicht unerheblichen Maße den notwendigen finanziellen Spielraum geschaffen, um eine ansprechende Ausbildung von Medizinstudenten zu ermöglichen und für Forschung und Wissenschaft finanzielle Möglichkeiten freizuschaukeln, die allein aus den Haushaltsmitteln des Landes niemals hätten befriedigt werden können.

Ist das ein Missmanagement der Universitätsmedizin zu Lasten des Landes?

2005 hat die damalige Landesregierung mit dem bis heute gültigen Hochschulmedizingesetz eine Konkurrenzsituation zwischen den beiden Unikliniken in Sachsen-Anhalt erzeugen wollen. Jetzt dreschen Finanz-, Sozial- und Wissenschaftsminister in Tateinheit mit dem Gutachter Teichert auf beide Vorstände ein und fragen gebetsmühlenartig, weshalb beide Uniklinika nicht viel mehr miteinander kooperieren. – Ganz einfach: weil die Uniklinika ebenso wie die umliegenden Krankenhäuser alle rigoros betriebswirtschaftlich geführt werden müssen und deshalb Konkurrenten sind!

Hinzu kommt, dass die Uniklinika mit einer Reihe von Wettbewerbsnachteilen in diesen betriebswirtschaftlichen Wettstreit gehen (katastrophale Finanzierung der Hochschulambulanzen, Facharzt Ausbildung ...). Zusätzlich werden sie durch das Sozialministerium eher behindert denn unterstützt, indem umliegende Krankenhäuser im Land großzügige Unterstützung für den Ausbau von Leistungen bekommen, die eigentlich an ein Uniklinikum gehören und uns das Überleben sicher würden. Doch von alldem findet sich nichts im medialen Blätterwald.

Absichtliches politisches Kalkül?

Erhebliche Skepsis ruft nun der Vorschlag des Wissenschaftsministeriums bei uns hervor, die beiden Uniklinika in Halle und Magdeburg zu fusionieren. Glaubt man im Ministerium ernsthaft daran, dass Patienten aus Naumburg nach Magdeburg kommen, weil man in Halle eine Fachklinik schließen will? Schaut man sich das Durchschnittsalter unserer Patienten und ihrer Angehöriger an ist klar, dass sich diese eher regional bzw. in die Unikliniken nach Leipzig oder Jena umorientieren werden. Auch das Mütterchen aus der Altmark wird sich kaum nach Halle auf den Weg machen ...

Im Zuge der Fusion der Unikliniken in Schleswig-Holdstein (Lübeck und Kiel) ist nicht eine einzige Klinik an einem der beiden Standorte geschlossen worden. Das UKSH zählt jetzt zu den am höchsten verschuldeten Unikliniken in der Bundesrepublik Deutschland.

Sehen so Visionen aus?

Eine Perspektive haben aus Sicht des Personalrates nur vernünftige lokale Lösungen mit Augenmaß.



Markus Schulze
Vorsitzender